

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/1683 —

Rettung der Rheinfront Rüdesheim

Ist im Bundesministerium für Verkehr die Studie des Dr.-Ing. Reinhold Gandler, die für die Stadt Rüdesheim eine Umfahrung anstatt der bisher favorisierten Variante einer Anschüttung des Rheins vorsieht, bekannt, und wenn ja, welche Bedeutung wird ihr zugemessen?

Die Studie des Dr.-Ing. Reinhold Gandler ist im Bundesministerium für Verkehr bekannt.

Sie stellt einen Vorschlag für die schon seit mehreren Jahrzehnten immer wieder geforderten und diskutierten Verlegungen der z. Z. vor der Rüdesheimer Rheinfront verlaufenden Bundesbahnstrecke und zusätzlich auch der B 42 in je einen Tunnel nördlich von Rüdesheim dar. Diese sicher wünschenswerten Lösungsmöglichkeiten für die ungünstige städtebauliche Situation haben sich bisher als nicht finanzierbar erwiesen, weil kein Kostenträger gefunden werden konnte.

Die nun von verschiedenen Seiten (z. B.: Prof. Dr.-Ing. Strack, Dr.-Ing. Gandler) erneut zur Diskussion gestellten alten Wunschvorstellungen können heute hinsichtlich ihrer Finanzierbarkeit nicht anders beurteilt werden. Die offenbar erwartete Finanzierung eines Bahntunnels zu Lasten des Straßenbauhaushaltes des Bundes muß ausgeschlossen werden, da die geforderte Verlegung der Bahn in den Tunnel weder durch die geplante Straßenbaumaßnahme verursacht ist noch sie entbehrlich macht.

Im Rahmen der seit 1978 bzw. 1981 laufenden Planfeststellungsverfahren für die Verlegung der B 42 bzw. der Bahnstrecke auf

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 19. Dezember 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

der Rheinseite der Stadt Rüdesheim hat das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie als zuständige Planfeststellungsbehörde nun nochmals ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem alle zur Beurteilung der diskutierten Planung erforderlichen Aspekte noch einmal umfassend behandelt werden sollen. Hierzu gehört auch die Überprüfung der Planung im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen an die Umweltverträglichkeit sowie auf alternative Lösungsvorschläge. Das Ergebnis dieser umfangreichen Untersuchungen bleibt abzuwarten.